Stand: 12.07.2025 22:24:08

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/26959

"Verantwortung übernehmen - Kommunen bei der Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten entlasten!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/26959 vom 15.02.2023
2. Beschluss des Plenums 18/27000 vom 15.02.2023
3. Plenarprotokoll Nr. 136 vom 15.02.2023

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 15.02.2023 **Drucksache** 18/**26959**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Verantwortung übernehmen – Kommunen bei der Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten entlasten!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Verantwortung für die Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten wahrzunehmen.

Konkret sollen

– vorhandene staatliche Liegenschaften, die grundsätzlich für eine Wohnnutzung in Frage kommen, in Abstimmung mit den Standortkommunen schnellstmöglich für eine Zwischennutzung bzw. Umnutzung ertüchtigt werden,

– zur Entlastung der Flüchtlingsunterkünfte die Auszugsmöglichkeit für Geflüchtete, die aus Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünfte ausziehen und zu Familien, Verwandten und Freunden, aber auch in von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern bereitgestellte Wohnungen ziehen möchten, beschleunigt werden,

– die Ausländerbehörden der Kreisverwaltungsbehörden gestärkt werden – Umbesetzung des Personals aus den zentralen Ausländerbehörden,

– die Integrationslotsinnen und Integrationslotsen/Ehrenamtskoordinatorinnen und Ehrenamtskoordinatoren der Landkreise und die Asyl- und Integrationsberatung der sozialen Träger gestärkt werden,

– die Anerkennungsverfahren für die im Ausland erworbenen Qualifikationen beschleunigt und Arbeits- sowie Ausbildungserlaubnisse schneller erteilt werden,

– kommunale Aktivitäten zur Lösung der Wohnraumprobleme unterstützt werden,

– Wohnungslotsinnen und Wohnungslotsen, Wohnungsbüros, die auch Vermieterinnen und Vermieter beraten, und Wohnungsbörsen in den Kommunen gefördert werden,

– ein Ad-hoc-Wohnbauprogramm eingerichtet werden, das schnell serielles und modulares Bauen ermöglicht und fördert.

Begründung:

Die Verantwortung, schutzbedürftige Menschen schnellstmöglich zu versorgen und gut unterzubringen, tragen alle staatlichen Ebenen gemeinsam – zuständig sind hier Bund, Länder und Kommunen. Der Freistaat lässt die Kommunen allerdings allein mit dieser Aufgabe. Um die Kommunen zu entlasten, muss die Staatsregierung schnellstmöglich Landesimmobilien für die Unterbringung der Geflüchteten bereitstellen. Es ist nicht

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

nachvollziehbar, warum sie dies nicht tut. Momentan werden in Bayern 54 Bundesimmobilien für die Unterbringung von Geflüchteten genutzt, der Freistaat muss hier nachziehen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert, dass dabei auch vorhandene Spielräume beim Vergabe- und Baurecht genutzt werden, damit leerstehende Liegenschaften kurzfristig für Wohnzwecke genutzt werden können.

Die Staatsregierung hat dafür Sorge zu tragen, dass die Wohnraumprobleme in Bayern gelöst werden und die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen, die auf dem angespannten Wohnungsmarkt wachsende Probleme haben, sich angemessen mit Wohnraum zu versorgen, nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Die Beratungsstrukturen müssen vor Ort gestärkt werden um die Unterbringung und Versorgung zu gewährleisten. Anstatt Anwerbeversuche in anderen europäischen Staaten zu unternehmen, muss die Arbeitsmarktintegration besser gestaltet werden.

Nur durch ein Bündel von Maßnahmen kann den wachsenden Problemen entgegengearbeitet werden. Diese gilt es zu fördern und zu unterstützen. Hierbei sind insbesondere auch Beratungsangebote für Wohnungssuchende wie Wohnraumbesitzende zu fördern.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 15.02.2023 **Drucksache** 18/**27000**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 18/**26959**

Verantwortung übernehmen – Kommunen bei der Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten entlasten!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller
Abg. Karl Straub
Abg. Uli Henkel
Abg. Gülseren Demirel
Abg. Richard Graupner
Abg. Klaus Adelt
Abg. Martin Hagen
Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Abg. Alexander Hold
Abg. Jürgen Mistol
Abg. Christian Klingen
Abg. Raimund Swoboda
Staatsminister Joachim Herrmann
Abg. Ralf Stadler
Abg. Christian Flisek

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Alexander Hold u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kommunen entlasten und Migrationspolitik umfassend denken: Zuwanderung steuern - Ordnung gewährleisten - Humanität bewahren! (Drs. 18/26940)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verantwortung übernehmen - Kommunen bei der Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten entlasten! (Drs. 18/26959)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen Karl Straub von der CSU-Fraktion das Wort. Herr Abgeordneter Straub, Sie haben das Wort.

Karl Straub (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin meiner und der Fraktion der FREIEN WÄHLER sehr dankbar dafür, dass wir heute diesen Dringlichkeitsantrag eingebracht haben, der tatsächlich tragfähig ist. Im Jahr 2022 sind mehr Schutzsuchende nach Deutschland gekommen als jemals zuvor. Ich möchte mich vorab bei allen bedanken, die hier geholfen haben: bei der Bevölkerung, bei den Ehrenamtlichen, aber auch bei den staatlichen Stellen, die hier Enormes geleistet haben. Wir haben viele Krisen im Land. Ich glaube, sehr viele Menschen waren vorbildlich unterwegs. Dafür herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ohne den Einsatz der Kommunalverwaltungen und der Ehrenamtlichen hätten wir das niemals geschafft. Ich möchte an alle appellieren, weil ich glaube, dass der Dringlichkeitsantrag der CSU und der FREIEN WÄHLER die reale Antwort auf die Situation ist, die wir aktuell hier im Land haben: Das bringt enorme Belastungen für die Kommunen.

Um teilweise schon auf den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN einzugehen: Ich frage mich, in welcher Welt Sie leben. Angesichts der eh schon angespannten Wohnungssituation hier in Bayern sind enorme Herausforderungen bei der Unterbringung zu bewältigen. Es kommen auch Leistungen hinzu, die in der Folge zu erbringen sind, wie die Schaffung zusätzlicher Kindertagesplätze, Schulklassen, Jugendsozialarbeit, Sprachkurse, Integrationsangebote und Berufsbildung, was alles bewältigt werden muss.

Sehr viele rufen nach Hilfe, übrigens auch ein Landrat der GRÜNEN, Herr Landrat Scherf – ich denke, den Namen werden Sie in letzter Zeit sehr oft gehört haben –, der eins zu eins fordert, was wir haben wollen.

(Zuruf)

– Nein, er fordert eins zu eins genau das, was wir haben wollen. Der Deutsche Städtetag ruft dringend zur Hilfe auf. Auch Asylhelfer aus meinem Landkreis, die am unverdächtigsten sind, irgendwelche bösen Absichten zu haben, sondern die wirklich gerne helfen wollen, kommen an absolute Kapazitätsgrenzen. Leider muss man sagen, dass sich die Bundesregierung bis jetzt geweigert hat, hier entsprechende Hilfestellungen zu geben.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt gibt es auf Druck der Länder einen Gipfel mit der Innenministerin, die momentan auch noch viele andere Dinge zu erledigen hat, wie man hört; das will ich hier gar nicht groß thematisieren. Ich fordere aber ganz klar, dass die Krise, die wir momentan

haben, absolute Chefsache sein muss. Ich verlange, dass sich unser Kanzler Olaf Scholz aktiv einbringt, weil Migration eine riesige Herausforderung für unsere Bevölkerung, unseren ganzen Staat und für ganz Deutschland ist.

(Beifall bei der CSU)

Eine unserer Forderung lautet, dass der Bund das Ganze finanziell unterstützt. Liebe FDP, Sie haben sehr viel Geschick bei der Auswahl Ihrer Zuständigkeiten bewiesen. Herr Lindner sagt, er hat dafür kein Geld. Einerseits steuert ihr in der Ampel diese Zuwanderung, und auf der anderen Seite sagt dann Herr Lindner, dass ihr kein Geld habt.

Ich zähle mal im Einzelnen auf, was wir wollen: Wir wollen die Unterstützung – Herr Hagen, sagen Sie das Herrn Lindner; Sie sehen ihn am Aschermittwoch – der Kommunen bei den momentanen Herausforderungen und den Abbau der bestehenden sowie die Vermeidung neuer Pullfaktoren. Ich möchte hier das Staatsangehörigkeitsrecht und das Chancenaufenthaltsrecht ansprechen, das absolut wieder Anreize schafft, dass zusätzliche Flüchtlinge ins Land kommen.

Seit 2013 sind wir hier wirklich gefordert. Ich schicke eine Bitte nach Berlin: Es muss jetzt wirklich zu Lösungen in Europa kommen. Wir wollen ja alle helfen, aber das können Deutschland und Bayern allein nicht schaffen. Wir haben allein 1,1 Millionen Menschen aus der Ukraine aufgenommen, Frankreich im selben Zeitraum 100.000 Menschen. Es muss geholfen werden, aber das müssen wir gemeinsam tun. Wir brauchen endlich eine gemeinsame europäische Lösung.

(Beifall bei der CSU)

In der Zuwanderungspolitik müssen wir einen klaren Fokus auf Fachkräfte richten. An das Auswärtige Amt geht die Bitte: Wir brauchen dringend Verstärkung in den Botschaften; denn die Visumverfahren für Fachkräfte dauern teilweise bis zu zwei Jahren. Das ist nicht tragbar. Ich will hier nicht auf irgendjemanden mit dem Finger zeigen, der

das irgendwann einmal verantwortet hat. Hier müssen einfach mehr Menschen eingesetzt werden, damit wir schnell die Visa erteilen können, sodass die dringend benötigten Fachkräfte zu uns ins Land kommen können.

Der Abschluss des Migrationsabkommens ist eine große Aufgabe, die sich die FDP auf die Fahnen geschrieben hat. Dazu gehört auch die dringend notwendige Rückführungsoffensive. Sie haben jetzt den neuen Abschiebebeauftragten Herrn Stamp ins Amt eingeführt. Ich wünsche ihm bei dieser Thematik wirklich alles Gute. In der Realität ist es oft so, dass die Menschen wegen der langen Verfahren fünf Jahre bei uns sind, dadurch den Chancenaufenthalt bekommen und schließlich Staatsangehörige werden. Herr Stamp, ich wünsche Ihnen viel Glück mit Ihrem Koalitionspartner, um diese Rückführungsoffensive erfolgreich durchführen zu können.

(Beifall bei der CSU)

Eines ist ganz besonders wichtig, auch wenn Sie das nicht hören wollen: Wir müssen die europäischen Außengrenzen sichern. Das bringt Sicherheit für Europa, das bringt aber auch Sicherheit für die Flüchtlinge. Wenn man sieht, dass der unbegrenzte Zugang nicht mehr möglich ist, dann ist das für alle Seiten gut und fair.

Abschließend möchte ich an Sie alle appellieren, diesen Dringlichkeitsantrag anzunehmen, damit die Punkte, die wir angesprochen haben, umgesetzt werden können. Ich glaube, dieser Dringlichkeitsantrag ist auch sprachlich so formuliert, dass er vom kompletten Haus angenommen werden kann. Zum Schluss möchte ich noch an Ihre Humanität appellieren. Humanität bedeutet: Wir wollen helfen. Aber um helfen zu können, müssen wir auch die nötigen Ressourcen haben. Wir müssen dabei die Bevölkerung mitnehmen. Sie haben das letzte Mal gesagt, der überwiegende Teil der Bevölkerung würde die derzeitigen Maßnahmen akzeptieren. Ich sehe das komplett anders. Wir wollen helfen; aber das muss für die Bevölkerung akzeptabel sein. Nur so wird am Ende eine akzeptable Regelung für die Flüchtlinge herauskommen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Kollege Straub, bleiben Sie am Rednerpult. – Es gibt eine Intervention von Herrn Abgeordneten Henkel. Bitte schön, Herr Abgeordneter Henkel.

Uli Henkel (AfD): Geschätzter Kollege Straub von der CSU, Sie haben gerade das Narrativ vom Fachkräftemangel bemüht. Was sagen Sie zu den neueren Tendenzen in der Fachliteratur, dass es gar nicht einen so großen Fachkräftemangel gäbe, wenn denn die Fachkräfte, die wir haben, vernünftig bezahlt würden? Da dreht sich gerade etwas. Ich möchte noch nicht von einem Paradigmenwechsel sprechen, aber die Wirtschaftswissenschaftler sagen immer häufiger, wir hätten genügend oder zumindest ziemlich viele Fachkräfte, die aber nicht als solche eingesetzt werden, weil sie für das Geld, das von den betreffenden Arbeitgebern bezahlt wird, nicht arbeiten wollen. Was sagen Sie dazu?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter Straub.

Karl Straub (CSU): Nach meiner Kenntnis ist die Bezahlung eine Angelegenheit der Tarifparteien. Ein Fakt ist unbestritten: Bis 2035 werden wir hier sieben Millionen neue Fachkräfte brauchen. Zum Begriff "Fachkräfte": Wir brauchen nicht nur ausgebildete Elektriker oder Kfz-Mechaniker, sondern auch den Helfer beim Bäcker und den Angelernten. Das ist unbestritten. Ich warne davor, die Asyl- und Migrationspolitik mit der Fachkräftepolitik zu vermischen.

Aus meiner Sicht ist es komplett falsch zu sagen, dass wir momentan 1,5 Millionen Menschen hätten, die zu 1,5 Millionen Fachkräften würden. Wir werden diese Menschen nie in der erforderlichen Geschwindigkeit anständig integrieren können, weil momentan einfach zu viele Menschen hier sind. Trotz allem möchte ich bei dieser Zwischenbemerkung betonen: Natürlich müssen wir den Ukrainern helfen. Hier handelt es sich um eine schlimme Krise. Kürzlich hatten wir ein Erdbeben. Auch da müssen wir helfen. Ich verweise hier jedoch auf die europäische Solidarität, die wir unbedingt brauchen.

Sankt Martin hat damals seinen Mantel geteilt. Er hatte auch einen Mantel. Wenn wir nichts mehr zum Teilen haben, wird es schwierig.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Straub. – Die nächste Rednerin ist Frau Gülseren Demirel von der Fraktion der GRÜNEN.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Verehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich auf die Forderungen und Erwartungen unseres Dringlichkeitsantrags eingehe, ist es mir ein wichtiges Anliegen, mich bei den vielen, vielen Helferinnen und Helfern sowie den Ehrenamtlichen in den Kommunen und in den Gemeinden zu bedanken, die nicht erst seit jetzt, sondern seit vielen, vielen Jahren tagtäglich ihr Wissen und ihr Engagement für Geflüchtete einbringen. Ohne diese Menschen würde die Politik bei diesem Thema ganz woanders stehen. Die Situation wäre nicht besser. Deshalb ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Dankeschön geht natürlich auch an die Gemeinden und Kommunen. Warum? – Weil sich die Menschen dort begegnen. Dort kommen die Menschen in Kontakt. Dort stehen wir nah am Bürger und der Bürgerin. Ich selbst war zehn Jahre in der Kommunalpolitik und weiß, wie nah man dort an den Problemen der Menschen ist, und dass man dort oft sofort Antworten geben muss. Daher auch ein großes Dankeschön an die Kommunen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt geht es aber nicht darum, uns bei den Kommunen zu bedanken, sondern darum, über Lösungen und Antworten zu diskutieren. Herr Kollege Straub, Sie wollen anpacken. Ja, das finde ich toll und richtig. Jetzt ist die Zeit, um anzupacken. Alle politischen Ebenen müssen jetzt miteinander Antworten finden. In Ihrer Rede habe ich jedoch nichts zum Thema Anpacken gehört. Sie haben nur über Themen gesprochen,

die mit der aktuellen Debatte nichts zu tun haben, oder gesagt, dass Berlin, Berlin und Berlin wieder einmal schuld sei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was ist denn mit der Staatsregierung in Bayern? – Warum bekommen wir da keine Antworten? Warum legen Sie keine Vorschläge auf den Tisch, mit denen Sie aufzeigen, welche Landesimmobilien, Liegenschaften oder Grundstücke den betroffenen Kommunen zur Verfügung gestellt werden könnten?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben nicht einmal eine Datenbank, mit der Sie uns Abgeordneten Leerstände von Wohnungen oder Flurgrundstücke aufzeigen könnten. Aktuell haben Sie 54 Bundesimmobilien unentgeltlich belegt. Ich habe aber von keiner einzigen Landesimmobilie gehört. Ich habe auch von keinem einzigen Landesgrundstück gehört. Richtig, auch der Bund muss seine Aufgaben erledigen. Sagen Sie aber endlich einmal den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern draußen, was Sie zur Lösung dieses Themas beitragen wollen; denn Sie wollen doch anpacken. Tun Sie das dann doch bitte!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu den kommunalen Aktivitäten zur Lösung des Wohnraumproblems: Natürlich ist der Wohnraum ein Problem, aber nicht seit heute. Wir brauchen kurzfristige Lösungen. Wir haben in Gewerbemischgebieten die Möglichkeit, Flüchtlingswohnungen zu bauen. Wir haben die Möglichkeit, Wohnungen nach abgespeckten Planungsverfahren zu bauen. Unterstützen Sie die Kommunen bei diesen Aktivitäten! Ich sage nicht, dass Sie es selbst machen sollen, sondern Sie sollen die Kommunen dabei unterstützen. Reichen Sie Ihre finanzielle Hand und sagen Sie: Macht, wir stehen auf eurer Seite!

Wichtig sind auch Wohnungslots*innen; wichtig ist, dass beim Thema Wohnen eine Verzahnung erfolgt. Wir müssen Vermieterinnen und Vermieter ansprechen. Dazu

braucht es eben die Förderstruktur. Nicht nur die CSU spricht mit den Kommunen. Die Kommunen sagen, dass es nicht reiche, ein Bett und ein Dach anzubieten. Die Kommunen müssen die Integration stemmen. Sie brauchen Personal für die Beratung und für die Begleitung. Sie brauchen außerdem Ehrenamtskoordinatorinnen und Ehrenamtskoordinatoren. Sie brauchen eine Beschäftigung für die Menschen, die zu ihnen kommen. Das ist mit den kommunalen Finanzen nicht zu leisten. Die Kommunen brauchen hier Unterstützung.Meines Wissens ist Integration auch Landesaufgabe. Ich habe aber bisher nichts dazu gehört. Das muss passieren, um den Kommunen zu zeigen: Wir stehen auf eurer Seite.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb haben wir auch 500 Millionen Euro kommunales Budget gefordert, weil die Kommunen am besten wissen, was sie brauchen. Dafür können sie diesen Topf nutzen.

Aus den Gemeinschaftsunterkünften, den Flüchtlingsunterkünften – das sagen nicht nur wir, das sagen Expertinnen und Experten – könnten mindestens 30 % der Menschen heute schon ausziehen. Zum Beispiel bekommt ein Auszubildender ein Zimmer von seinem Arbeitgeber zur Verfügung gestellt, weil der Arbeitgeber sagt: Da kann er dann besser lernen. In der Unterkunft mit fünf Personen kann er das nicht. Aber was passiert? – Er darf nicht ausziehen, weil ihm das nicht erlaubt wird. Oder da ist eine Frau, die zu ihrem Freund ziehen will, der eine Wohnung und einen Job hat. Aber sie darf nicht ausziehen.

Wir haben zig solcher Fälle. Lassen Sie doch zu, dass die Leute ausziehen. Die Kommunen profitieren davon, weil sie wieder Kapazitäten frei haben. Die Bürger*innen profitieren davon, die Betroffenen profitieren davon, Sie haben wieder Luft im System, und die Menschen könnten sich selbstbestimmt selbst versorgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, was ist denn falsch daran?

Der andere Punkt sind die Ausländerbehörden. Wir haben in Bayern eine zentrale Ausländerbehörde. Das gibt es nirgends, in keinem anderen Bundesland. Sie ist entstanden, um abzuschieben. Dann hat man aber gemerkt, dass sich auch die Politik an Gesetze halten muss. So schnell lassen sich die Menschen nicht abschieben. Daher haben wir gesagt, dass man das auflösen und umschichten soll, dass man die Kreisverwaltungsbehörden stärken soll, personell und finanziell, weil die in diesen Krisen gefragt sind. Daher sage ich: Anpacken? – Ja! Aber bitte auch mit Leben füllen und nicht mit dem Finger auf andere zeigen, die anpacken sollen, und so tun, als würde man selber anpacken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. Bitte bleiben Sie am Pult. Es gibt zwei Zwischenbemerkungen. – Die erste kommt vom Kollegen Straub von der CSU. Bitte.

Karl Straub (CSU): Man soll ja in dieser Diskussion immer sehr diszipliniert sein. Ich werde mich auch weitestgehend daran halten. Aber wenn Sie sagen, dass Bayern insgesamt nicht anpackt und wir dazu aufgefordert werden müssen, dann ist das schlichtweg und einfach eine Frechheit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Absolut richtig! Das ist eine Frechheit!)

Sie sagen, Sie gehen tagtäglich in Flüchtlingseinrichtungen. Ich muss Sie mal einen Tag lang begleiten; denn ich möchte mal ganz genau wissen, wo Sie da hingehen. Sie reden davon, dass die Kommunen momentan Platz schaffen sollen. Ja, was machen denn die Kommunen Ihrer Meinung nach momentan? – Sie bauen einen Container nach dem anderen auf.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sie bauen in Modulen, sie schauen, dass sie die Leute so unterbringen. Da Sie übrigens vom Bauen reden – In Ihrem Antrag steht es drin –, frage ich: Wer sind denn die Ersten, wenn irgendein neues Baugebiet ausgewiesen werden soll, die sich dagegen wehren? – Das sind die GRÜNEN. Wer ist denn schuld an der Wohnungsnot?

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Frau Kollegin.

Karl Straub (CSU): Sie reden davon, dass 30.000 Leute ausziehen könnten. Diese Zahl ist schon mal vollkommen blödsinnig. Sie suggerieren, dass 30.000 Leute ausziehen und dann Wohnungen finden könnten. Wir haben 17.000 Fehlbeleger, die hier einen berechtigten Aufenthalt haben –

Erster Vizepräsident Karl Freller: Redezeit!

Karl Straub (CSU): – und – –

(Der Präsident stellt den Ton ab. Der Abgeordnete Karl Straub (CSU) redet weiter. – Das Mikrofon wird abgeschaltet – Beifall und Heiterkeit bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Die Zeit! Die Zeit! Die Redezeit!

Bitte.

(Beifall)

Gülseren Demirel (GRÜNE): So. – Nicht die Kommunen entscheiden, wer aus den Unterkünften auszieht, sondern die Bezirksregierung, sprich die Landesregierung.

(Zuruf des Abgeordneten Karl Straub (CSU))

Daher entscheiden Sie und nicht die Kommunen.

(Karl Straub (CSU): Es geht um Fehlbelegungen!)

Ich habe von 30 % geredet und nicht von 30.000.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Fehlbelegungen!)

– Ich rede nicht von den Fehlbelegern.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Aber er!)

Wenn Sie die 30 % hochrechnen, sind das mehr als 30.000. Dann haben wir die Kommunen – –

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sie haben keine Ahnung!)

Das Land bekommt vom Bund eine Geldpauschale für die ukrainischen Geflüchteten, die in der Unterkunft leben. Im Januar hat das Land Bayern 60 Millionen Euro abgerufen. Aber Bayern sagt: Bevor ich das Geld an die Kommunen weitergeben kann, brauche ich ein Gesetz. Baden-Württemberg hat das nicht gebraucht. Dieses Gesetz erreicht uns nicht. Im Dezember war es in der Ersten Lesung.

(Widerspruch des Abgeordneten Karl Straub (CSU) – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Was erzählen Sie da?)

Seitdem hört man nichts mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sie haben keine Ahnung!)

Daher: Zeigen Sie, dass Sie die Kommunen unterstützen. 60 Millionen Euro nur in einem Monat sind viel Geld. Geben Sie das an die Kommunen weiter, und reden Sie nicht nur von Solidarität!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte bleiben Sie da – für Ihre Antwort.

Uli Henkel (AfD): Frau Demirel von den GRÜNEN, Ihre Partei feiert ja ständig den supranationalen Moloch EU, während die AfD für ein Europa der Vaterländer steht. Wie erklären Sie denn dann bitte den Zuschauern, den Leuten, die heute hier zuschauen, wie es zu dieser ungleichen Verteilung zum Beispiel der Ukrainer kommt? Kollege Straub hat das ja angesprochen. Wieso klappt das nicht mal halbwegs? Deutschland hat 1,1 Millionen und Frankreich genau 98.000 aufgenommen. Wieso funktioniert das nicht in dem Europa, das Sie doch für so wichtig halten und von dem Sie immer glauben, dass es die Probleme löst? Aber in Wirklichkeit lässt es immer uns die Probleme lösen und trägt selber quasi nichts dazu bei.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte, Frau Kollegin.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Ich bin eine überzeugte Europäerin, und ich finde es gut, dass wir ein Europa haben, denn die Zeit der Nationalstaaten ist vorbei. Aber Ihre Gesinnung hält ja immer noch daran fest, weil Sie sich einen vermurksten Nationalstaat vorstellen.

(Ulrich Singer (AfD): Könnten Sie auf die Frage eingehen?)

Dass man die Flüchtlinge innerhalb der Europäischen Union gerecht verteilen muss, sagen wir schon lange. Daher sind da die Bundespolitik und die europäische Politik gefordert. Wir geben das an unsere Leute immer weiter, dass da mehr passieren muss. Aber das ist ja kein neues Thema. Das haben wir seit Jahren. Aber wir halten daran fest, dass das auch irgendwann eintreten wird.

(Beifall bei den GRÜNEN – Uli Henkel (AfD): Das Einzige, was Sie in Europa machen, ist, die Verbrenner rauszuwerfen!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Richard Graupner von der AfD-Fraktion. Herr Kollege Graupner.

(Beifall bei der AfD)

Richard Graupner (AfD): Herr Vizepräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestern hat die AfD-Fraktion ihre Sofortmaßnahmen-Initiative zur Entlastung der bayerischen Kommunen im gegenwärtigen Asylwahnsinn bekannt gemacht. Das hat anscheinend die Kollegen von der CSU aus ihrem migrationspolitischen Tiefschlaf aufgeweckt; denn sie haben nun einen ganz ähnlich lautenden Antrag vorgelegt.

(Beifall bei der AfD)

Diese Ähnlichkeit trägt allerdings nur auf den ersten Blick. Bei genauerem Hinsehen zeigen sich doch schnell die Unterschiede; die Unterschiede zwischen einem scheinkonservativen Schaufensterantrag à la CSU und den konsequent am Interesse der bayerischen Kommunen und unserer bayerischen Bürger orientierten Vorschlägen der AfD.

Natürlich haben Sie mit einigen Punkten, die Sie ansprechen, nicht unrecht. Die geplante Aufweichung des Staatsangehörigkeitsrechts durch die Ampel-Regierung gehört ohne Wenn und Aber vom Tisch. Rückführungen müssen endlich in vollem Umfang durchgesetzt werden. Statt neuer Pullfaktoren für weitere Migration braucht es die Bekämpfung von Fluchtursachen vor Ort, und es braucht allgemein nicht nur eine Verringerung illegaler Migration, wie Sie es verschämt ausdrücken. Was Not tut, ist die konsequente und vollständige Unterbindung jeglicher illegalen Einwanderung.

(Beifall bei der AfD)

Das sind die Kernforderungen der AfD, die wir teilweise seit 2015 immer und immer wieder wiederholen. Bei allen Altparteien einschließlich der CSU sind wir damit aber auf taube Ohren gestoßen.

Was schlagen Sie jetzt vor, da die Hilferufe der mit den Migrantenmassen überforderten Kommunen immer lauter und immer eindringlicher werden? – Wie üblich und absehbar schieben Sie dem Bund den Schwarzen Peter zu, statt in eigener Verantwortung die konkreten Probleme der Kommunen anzugehen. Das ist aber in der

gegenwärtigen Situation viel zu wenig und auch geradewegs erbärmlich. Glauben Sie denn allen Ernstes, eine neue Quasselrunde von Faesers Gnaden würde endlich handfeste Ergebnisse bringen?

Vollends unglaubwürdig machen Sie sich, wenn Sie hier einerseits eine Begrenzung des Zuzugs neuer Migranten fordern und andererseits Ihr Ministerpräsident gleichzeitig auf Anwerbetour bei Albanern und Rumänen geht – angeblich, um die dringend benötigten Fachkräfte im Pflege- und Gesundheitsbereich zu rekrutieren und abzuwerben.

Ich darf daran erinnern, dass wir derzeit 270.000 Arbeitslose in Bayern haben. Darunter sind allein jetzt schon 120.000 Ausländer. Meinen Sie wirklich, diese Missstände beheben zu können, indem Sie nochmals aktiv Tausende und Tausende in unser Land locken? Bringen Sie doch erst einmal die vielen Fachpflegekräfte, die Sie mit miesen Arbeitsbedingungen und einer despotischen Corona-Politik vergrault haben, wieder zurück in ihren Beruf!

(Beifall bei der AfD)

Sorgen Sie dafür, dass nicht unsere eigenen, gut ausgebildeten Leute das beste Deutschland aller Zeiten zu Hunderttausenden verlassen! Nein, die Zeit des bloßen Redens, des Durchwurstelns und des Verschiebens der Verantwortung nach Berlin ist definitiv abgelaufen. Davon können sich unsere Bürgermeister, Landräte und all die anderen kommunalen Verantwortungsträger nichts kaufen. Jetzt ist die Zeit für schnelles und entschlossenes Handeln.

Wie man die Kommunen wirklich effektiv entlastet, ohne die notwendigen Veränderungen der migrationspolitischen Rahmenbedingungen aus dem Blick zu verlieren, können Sie von unserem AfD-Antrag lernen, den wir Ihnen gleich noch vorstellen werden. Aber angesichts der Tatsache, dass Ihr Antrag zumindest teilweise in die richtige Richtung geht, wird sich die AfD-Fraktion bei Ihrem Antrag enthalten.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Graupner. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Klaus Adelt von der SPD-Fraktion. Herr Abgeordneter Adelt, bitte schön.

Klaus Adelt (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Flüchtlingspolitik ist eine sehr sensible Sache, die derzeit die gesamte Bevölkerung beschäftigt. Mit Hauruck-Methoden und plakativen Überschriften ist es eigentlich nicht getan, überhaupt nicht; denn das ist eine gefährliche Sache, auf die ich später noch eingehen werde.

Der Kollege Straub hat den Antrag begründet. Er hat von den fehlenden Mitteln aus dem Bund gesprochen. Das habe ich nicht anders erwartet. Das gehört dazu. Aber der Bund leistet erhebliche Mittel, und Flüchtlings- und Integrationspolitik geht beim Bund los und hört in den Kommunen auf.

Flüchtlingsgipfel: Was soll der Flüchtlingsgipfel bringen? Eine erneute Verteilung der Geflüchteten? – Schon jetzt sind Städte überfordert. Ich denke an die Stadt Hof. Sie nimmt überproportional viele Ukrainer auf. Warum? – Weil da schon eine ukrainische Community vorhanden war. Die Ukrainer sind dorthin gekommen, aber die Stadt Hof wird mit den Kosten alleingelassen. Dort muss geholfen werden. Das ist eine ganz, ganz wichtige Geschichte.

Als nächsten Einzelpunkt erwähnen Sie die Unterstützung der Kommunen: Kann es denn sein, dass die Mittel für die Asylsozialberatung und Integrationshilfe gerade in der Zeit gekürzt werden, in der sie notwendiger denn je sind? – Nein, denn es ist entscheidend, dass wir das machen.

Für eine schnelle Rückführung gibt es jetzt den Beauftragten. Aber auch hier die Frage an die CSU: Sollen denn die 1,1 Millionen Geflüchteten aus der Ukraine in ein kaputtes Land zurückgeführt werden?

(Zuruf des Staatsministers Joachim Herrmann)

Sollen denn die Menschen aus Niger und Mali zurückgeführt werden, ohne dass sie dort eine Perspektive zum Bleiben haben? – Diese Fragen sind für mich sehr offen.

Das Nächste ist die Zuwanderung von Fachkräften. Wir haben hier Kräfte, aber wir sind nicht in der Lage, unsere Asylsuchenden entsprechend zu schulen. Wir reden immer nur von Pflegefachkräften. Es geht beim Metzger und all dem los. Fördern wir doch erst einmal die, die schon hier sind; schieben wir nicht Leute ab, die gut ausgebildet sind, nur weil ein Datum erreicht ist! Das ist völlig falsch.

(Beifall bei der SPD)

Woher nehmen wir uns – wie bei den Lehrern – die Freiheit, aus Rumänien und Bulgarien gute Leute abzuwerben? – Rumänien braucht seine Ärzte selber. Die brauchen wir nicht billig hier, sondern sie müssen überall dort sein. Das halte ich für falsch. Dass natürlich Deutschland für viele interessanter ist, kann ich verstehen. Ich verstehe aber nicht, dass man noch vor sechs Jahren "Armutsland Rumänien" gesagt hat, und jetzt sagt man, es können nicht genug schnell genug hierherkommen, um bei uns zu arbeiten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das ist nämlich genauso falsch, wie jetzt schnelle Migrationsabkommen zu fordern. Hat denn der Seehofer keine Zeit dafür gehabt? War er nicht lange genug Innenminister, um solche Migrationsabkommen mit wichtigen Herkunftsländern abzuschließen? – Die Zeit hat er gehabt. Aber er hat es nicht gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Die Stärkung der europäischen Außengrenzen: Freilich, wir schieben wieder alles nach Italien. Wir schieben wieder alles nach Griechenland. Wir schieben wieder alles nach Spanien. Wenn ich dann den Österreichern zuhöre, die sich überlegen, eine

Mauer zu bauen, dann muss ich sagen: Freunde, Mauern zur Abwehr von Menschen sind das Letzte, was es gibt. Ich habe dreißig Jahre in zehn Kilometern Entfernung zur Mauer gewohnt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich konnte nicht rüber nach Sachsen und Thüringen, weil dort die Grenze und die Mauer waren. Ich will das nie mehr haben, sondern ich will andere Verfahren, menschliche Verfahren. Ich vertraue darauf, dass in der Überschrift Ihres Dringlichkeitsantrags steht: "Humanität bewahren!" Machen Sie das auch mit diesem Antrag! – Wir lehnen ab.

(Zuruf von der SPD: Bravo!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter! Herr Kollege, bleiben Sie da. – Eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Straub.

Karl Straub (CSU): Geschätzter Kollege Arnold – Adelt! Entschuldigung! Entschuldigung! Normalerweise steht immer Herr Arnold da vorne. Sie haben ja eine totale Ablenkungsrede gehalten. Ich habe in keinem Wort – –

Klaus Adelt (SPD): Noch mal, ich habe es akustisch nicht verstanden.

Karl Straub (CSU): Sie haben eine Ablenkungsrede gehalten. Erstens. Wir haben hier keine Mauern gefordert. Wir haben die Sicherung der Außengrenzen gefordert. Das ist nicht unbedingt mit einer Mauer verbunden, und die hat auch keiner gefordert.

Zum Zweiten müssen Sie den Koalitionsvertrag lesen. Wir haben die Rückführungsoffensive nicht gefordert. Die steht bei Ihnen im Koalitionsvertrag. Sie haben reingeschrieben, dass Sie eine Rückführungsoffensive starten wollten.

Eines auch zur Richtigstellung. Sie haben gefragt: Was soll denn diese Aussage: Wollen Sie diese 1,1 Millionen Ukrainer zurückschicken? – Ja, natürlich nicht! Da herrscht Krieg. Natürlich nicht. Aber wir haben sehr viele Ausreisepflichtige, und für diese woll-

ten Sie eine Rückführungsoffensive machen. Stehen Sie nicht mehr dahinter, Herr Adelt?

Klaus Adelt (SPD): Ich stehe hinter dem Koalitionsvertrag. Außerdem habe ich gesagt, dass die Österreicher die Mauer gefordert haben. Der andere Hinweis, der Antrag der GRÜNEN, ist freilich okay. Wenn Sie jetzt schnelle Wohnungen in Systembauweise und all die Geschichten fordern – –

Karl Straub (CSU): Das habe ich nicht gefragt!

Klaus Adelt (SPD): Die Antwort hast du bekommen. Den Antrag der GRÜNEN werden wir positiv bescheiden, weil er in die richtige Richtung geht – nicht nur kurzfristig.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Bravo!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Adelt. – Bevor ich Herrn Hagen aufrufe, weise ich darauf hin, dass zum Dringlichkeitsantrag der AfD auf Drucksache 18/26943 namentliche Abstimmung beantragt wurde. Jetzt hat Herr Abgeordneter Martin Hagen, Fraktionsvorsitzender der FDP, das Wort. Bitte schön.

Martin Hagen (FDP): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema ist ein wichtiges, und ich glaube, wir sind zumindest in der Problembeschreibung ja auch mit den Regierungsfraktionen einig. Unsere Kommunen sind momentan am Limit mit der Aufnahme von Flüchtlingen. Wir haben wieder Asylbewerberzahlen wie in den Krisenjahren 2015 bis 2017, und wir müssen diesen Zustrom irregulärer Migration eindämmen, um weiterhin unserer humanitären Verpflichtung gegenüber den Menschen aus der Ukraine, die hier Zuflucht suchen, gerecht werden zu können.

Herr Straub, Sie haben diesen Antrag aber eben nicht so formuliert, dass das Haus ihm geschlossen zustimmen kann. Sie haben nämlich wieder getan, was Ihre Fraktion leider in den letzten Monaten immer tut. Sie haben anstatt Lösungen für Bayern aufzuzeigen, wieder nur mit dem Finger nach Berlin gezeigt.

(Beifall bei der FDP – Unruhe)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Meine Damen und Herren, Entschuldigung, wenn ich kurz unterbreche, aber die Geräuschkulisse ist sehr laut geworden. Bitte stellen Sie alle die Gespräche am Tisch ein.

Martin Hagen (FDP): Danke, Herr Präsident, dann brauche ich nicht so laut zu reden. – Sie haben schon wieder mit dem Finger nach Berlin gezeigt, haben, anstatt Lösungen für Bayern aufzuzeigen, gesagt, was der Bund machen muss. Ja, der Bund kann und muss vieles tun, und er tut das übrigens auch schon. Ein großer Teil der Liegenschaften, die der Bund zur Verfügung stellt, wird in Bayern aber momentan vom Freistaat gar nicht genutzt. Der Freistaat hätte ja auch selber Liegenschaften, die er zur Verfügung stellen könnte. Das spielt in dem Antrag aber überhaupt keine Rolle, meine Damen und Herren von der CSU.

Zum Zweiten nutzen Sie diesen Antrag wieder, um Falschbehauptungen über die Migrationspolitik der Bundesregierung in die Welt zu setzen. Sie schreiben nämlich, die Bundesregierung würde durch das Staatsangehörigkeitsrecht und das Chancenaufenthaltsrecht Anreize für irreguläre Migration setzen.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Das machen Sie auch!)

Das Staatsangehörigkeitsrecht spielt für die irreguläre Migration überhaupt keine Rolle;

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Das stimmt nicht! Das stimmt nicht!)

denn um überhaupt in den Berechtigtenkreis für die deutsche Staatsbürgerschaft zu kommen, müssen Sie eine bestimmte Zeit hier in Deutschland legal leben.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Eben!)

Irreguläre Migration bedeutet Aufenthalt ohne eine Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland. Das heißt, Sie werfen hier schon wieder Dinge zusammen, die einfach nicht zusammengehören, und das ist unseriös, meine Damen und Herren.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Das machen Sie selbst! Das machen Sie!)

Genauso ist es beim Chancenaufenthaltsrecht. Das Chancenaufenthaltsrecht betrifft einen begrenzten Personenkreis, nämlich die, die seit dem 31.10.2022 bereits seit mindestens fünf Jahren in Deutschland leben. Es gibt also keinen Pullfaktor und keinen Anreiz für irreguläre Migration,

(Tobias Reiß (CSU): Warum werben dann die Schleuser damit?)

sondern es geht ausschließlich um die Menschen, die hier bereits leben. Es gibt eine Stichtagsregelung.Meine geehrten Damen und Herren, dabei geht es um die Menschen, die unter Ihrer Bundesregierung ins Land gekommen sind.

(Beifall bei der FDP)

Um die Kommunen zu entlasten, um den Strom irregulärer Migration einzudämmen, brauchen wir einen wirksamen Schutz der EU-Außengrenzen. Wir brauchen schnellere Asylverfahren, und wir brauchen konsequente Rückführungen. Sprich: Wir müssen all das tun, was in Ihrer Regierungszeit nicht gelungen ist. Wir müssen jetzt das reparieren, was in der Ära Merkel, als Sie regiert haben und den Innenminister gestellt haben, nicht passiert ist. Daran arbeiten wir jetzt. Wir brauchen keine klugen Ratschläge der Staatsregierung aus Bayern. Das kriegt die Ampel alleine hin.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abgeordneten Thomas Huber (CSU))

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat der Abgeordnete Alexander Hold für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Ja, das Thema bewegt. Auf dem morgigen Flücht-

lingsgipfel bei der Bundesinnenministerin lasten hohe Erwartungen, und zwar zu Recht; denn die Belastung vor Ort ist wirklich groß.

Deswegen an dieser Stelle einmal ein ganz großes Dankeschön an alle, die dazu beitragen, dass wir diese große Belastung infolge der vielen Flüchtlinge so gut gemeistert haben. Danke an alle Ehrenamtlichen! Mein Dank gilt aber nicht nur den vielen Ehrenamtlichen, sondern auch den vielen Familien, die Flüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen haben.

Herzlichen Dank an die gesamte Schulfamilie, die es geschafft hat, innerhalb kürzester Zeit 30.000 Schülerinnen und Schüler in unser Schulsystem zu integrieren. Danke an alle Lehrerinnen und Lehrer sowie Schulleitungen, die wirklich Großartiges leisten. Natürlich auch ein Dankeschön an alle Behörden, die dafür sorgen, dass wir hier in Bayern geordnete Abläufe haben, die dafür sorgen, dass Probleme möglichst schnell gelöst werden.

Aber die Kommunen stoßen bei der Unterbringung und Versorgung an ihre Belastungs- und Kapazitätsgrenzen. Wir müssen daher die Kommunen entlasten. Der Bund darf die Kommunen nicht alleinlassen. Die Hilferufe des Landkreistages und des Städtetages sprechen doch für sich.

Es versteht vor Ort niemand, wenn die Kommunen überlegen müssen, ob sie Sporthallen für die Unterbringung von Flüchtlingen in Beschlag nehmen, wodurch dann der Schulsport und Vereinssport ausfallen. Dieser ringt wegen der Corona-Pandemie ohnehin um Anschluss und steht letzten Endes kurz vor dem Aus, während andernorts Liegenschaften des Bundes leer stehen, die der Bund aber nicht zur Verfügung stellt, zum Teil mit der Begründung, sie seien in schlechtem Zustand. Es ist schon erstaunlich, dass es Liegenschaften gibt, die bis zum Ende des letzten Jahres gut genug waren, um sie als Impfzentrum zu nutzen, und nunmehr in so schlechtem Zustand sein sollen, dass sie nicht mehr für die Unterbringung von Flüchtlingen geeignet wären.

Sie von den GRÜNEN, insbesondere Frau Demirel, tun erneut so, als wäre es der Freistaat, der auf leeren Gebäuden sitze. Das ist schon ein ganz plumper Versuch, mit dem Finger auf die Falschen zu zeigen.

Ich kann Ihnen aus dem Stand in meiner Region mehrere leer stehende Bundesimmobilien nennen. Aber obwohl ich Sie – erinnern Sie sich – in der letzten Woche in der Sitzung des Innenausschusses darum gebeten haben, sich einmal schlauzumachen, haben Sie heute nicht eine einzige Immobilie des Landes genannt, die leer steht und die der Freistaat Bayern zur Verfügung stellen könnte. Warum? – Weil es die so nicht gibt!

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Offensichtlich ist der Kollege der GRÜNEN, der Landrat von Miltenberg, mit seinem Hilferuf näher an der Realität dran. Das ist nämlich die Realität.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört! Hört!)

Der Bund ist gefordert. Er darf die Kommunen jetzt nicht im Regen stehen lassen. Es bedarf auch – das hat der Städtetag richtig gesagt – einer dauerhaften und kräftigen Förderung des Bundes im sozialen Wohnungsbau. Angesichts der Äußerung des Bundesfinanzministers Lindner, dass der Bund nun genug geleistet habe und jetzt die Länder dran seien, stellt sich schon die Frage: Ist das jetzt Arroganz oder schon Ignoranz, meine Damen und Herren?

(Tobias Reiß (CSU): Es ist eine Mischung aus beidem!)

Wir brauchen außerdem endlich die europäische Migrationspolitik. Ja, das hat jeder schon gesagt. Das wird in Sonntagsreden schon seit Jahren gesagt. Frau Demirel, Sie haben angemerkt, dass Sie sich da weiterhin einsetzen werden. Ich darf daran erinnern: Das Auswärtige Amt ist dafür zuständig. Wer das Auswärtige Amt führt, glaube ich, brauche ich Ihnen nicht zu sagen.

(Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

Also, wir brauchen eine europäische Migrationspolitik, und zwar bei der Ordnung der Migration, bei der Verhinderung illegaler Migration, natürlich bei der gemeinsamen Sicherung der Außengrenzen, natürlich bei der Zusammenarbeit mit den außerhalb der EU gelegenen Nachbarstaaten und bei der fairen Lastenverteilung innerhalb des EU-Gebietes.

Des Weiteren brauchen wir natürlich eine gesteuerte Einwanderung. Wir brauchen schnellere und bessere Möglichkeiten für diejenigen, die wir als Fachkräfte brauchen. Die Staatsregierung hat mit den Absprachen mit Rumänien und Albanien schon ein Zeichen gesetzt. Wir brauchen aber auch die passenden Rahmenbedingungen dazu. Wir brauchen dazu vor allem eine verlässlichere und schnellere Visumsvergabe. Albanien habe ich gerade schon genannt. Ich weiß von Fällen, in denen ein Arbeitgeber einen Arbeitsvertrag vorgelegt hat, in denen eine Wohnung zur Verfügung gestanden hat, in denen die Betroffenen aber ein Jahr und zehn Monate auf ein Arbeitsvisum haben warten müssen. Das ist die Realität. Auch in diesen Fällen ist das Auswärtige Amt zuständig. Ich hoffe, dass sich endlich diesbezüglich wirklich etwas bewegt und es nicht nur bei bloßen Ankündigungen bleibt.

Ich bin auch gespannt, was der Sonderbevollmächtigte der Bundesregierung für Migrationsabkommen Dr. Stamp wirklich realisieren kann. Es gibt Herkunftsländer, die seit Jahrzehnten einfach nicht mitspielen, die die illegale Migration unterstützen, die bei der Identitätsfeststellung und Passausstellung nicht kooperieren, sich weigern und die Rückkehr boykottieren. Ich bin gespannt, was diesbezüglich zu erreichen ist. An diesen Problemen sind schon ganz andere gescheitert.

Die Forderungen, die ich jetzt genannt habe und im Dringlichkeitsantrag stehen, geben wir der Staatsregierung mit auf den Flüchtlingsgipfel. Wir bitten daher um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag. Den Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN lehnen wir ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Hold, bitte bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. – Der Kollege Jürgen Mistol von den GRÜNEN hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Herr Hold, wie kommen Sie eigentlich darauf, dass es keine staatlichen Liegenschaften für Wohnnutzung oder für Wohnbebauung für Flüchtlinge gibt? Ich habe kürzlich bei der Staatsregierung nachgefragt und habe die Antwort bekommen, dass von 383 bislang geprüften staatseigenen Flurstücken 61 für den Wohnungsbau infrage kommen. Weitere 105 seien derzeit nicht verfügbar. Es werde aber weiter geklärt, ob diese infrage kommen. Weitere 31 Flurstücke befinden sich immer noch nicht in der Prüfung. Von 61 weiß man aber, dass sie geeignet sind.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Harald Schwartz (CSU) – Zuruf von der AfD)

Wenn wir dieses Potenzial auf staatliche Flächen voll ausschöpfen würden, um bezahlbaren Wohnraum, um Wohnraum auch für Geflüchtete zu schaffen, dann hätten wir schon viel erreicht. Bei der IMBY wird derzeit sogar ein Fachbereich eingerichtet, um solche staatseigenen Potenzial-Grundstücke zu generieren. Was Sie sagen, stimmt einfach nicht, weil die Staatsregierung mir Gegenteiliges mitgeteilt hat.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Doch! Natürlich stimmt, was ich sage, weil wir von zwei völlig unterschiedlichen Dingen reden. Es geht doch im Moment überhaupt nicht darum – natürlich geht es auch darum, aber davon habe ich nicht gesprochen –, Wohnraum zu schaffen. Wenn wir jetzt damit anfangen, dann ist er in zwei, drei oder vier Jahren erst fertig.

(Zurufe der Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE), Gülseren Demirel (GRÜNE) und Jürgen Mistol (GRÜNE))

Es geht darum, dass die Kommunen jetzt an ihrer Belastungsgrenze sind und dass Turnhallen, Kindergärten und Jugendzentren zur Verfügung gestellt werden müssen.

Es geht nicht um leere Flurstücke, sondern um leer stehende Bundesimmobilien – und die gibt es. Man erkennt ja an Ihren Zurufen, dass Sie getroffen sind und keine vernünftige Antwort haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sie haben bis jetzt noch nicht eine leer stehende Landesimmobilie genannt, die der Freistaat zur Verfügung stellen könnte. Ich wäre dankbar dafür, wenn Sie eine nennen könnten; aber Sie wissen keine.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): 61 stehen leer!)

– Das sind Flurstücke!

(Zurufe von den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Liebe Kolleginnen und Kollegen, der nächste Redner ist der fraktionslose Abgeordnete Christian Klingen.

Christian Klingen (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Österreichs Bundeskanzler Karl Nehammer sowie die jeweiligen Landesvertreter von Dänemark, Estland, Litauen, Lettland, Malta, Griechenland und der Slowakei haben es jüngst klar auf den Punkt gebracht. Ich zitiere:

> Es braucht endlich ein klares und deutliches Bekenntnis zur Verstärkung des Außengrenzschutzes.

Und, Zitat:

> Der Schutz der EU-Außengrenzen ist eine Notwendigkeit, kein Wunsch. Wenn sich Europa nicht schützen kann, dann führt sich der Schengen-Raum ad absurdum.

Das ist die Wahrheit. Es muss nur jemand den Mut haben, sie auszusprechen. Wir brauchen dagegen keine weiteren Flüchtlingsgipfel oder sonstige Debatten darüber,

wie Deutschland den offensichtlichen Missstand durch noch mehr Gelder vom Bund – nein, das Geld stammt nicht vom Bund, sondern vom zunehmend geschröpften Steuerzahler – künftig einfach immer nur weiter verwalten kann getreu dem Merkel-Motto "Wir schaffen das!". Das bringt niemanden weiter – am wenigsten die Bürgerinnen und Bürger und Steuerzahler, die diesen ganzen Wahnsinn ausbaden müssen.Vielmehr muss die Staatsregierung darauf drängen, dass die Ampelkoalition endlich ihre Scheuklappen abnimmt und die Realitäten anerkennt.

Die ausgerufene Migrationspolitik mit unzähligen Fehlanreizen, aber ohne jegliche Obergrenzen und in unheilvoller Verbindung mit der anhaltenden und quasi verordneten Toleranz gegenüber illegaler Zuwanderung kann längerfristig weder von Deutschland noch von Europa geleistet werden. Die Bürger wollen sie sich auch nicht mehr leisten. Die Kommunen sind an ihrer Belastungsgrenze. Ihnen fehlen Mittel wie Räumlichkeiten und immer öfter auch Personal und Ehrenamtliche, die die Aufgabe der Betreuung der zahlreichen Migranten übernehmen sollen.

Die Menschen haben selbst zunehmend andere drückende Sorgen: Wohnraummangel, überhöhte Energiepreise, Inflation, Insolvenzen, Gefährdung durch Kriminalität, schlechte medizinische Versorgung – um nur einige zu nennen.

In meiner fränkischen Heimat gibt es einen 400-Seelen-Ort, Markt Taschendorf, wo man vor Kurzem offenbar plante, in einem ehemaligen Hotel rund 100 vornehmlich alleinstehende junge Männer aus Syrien, Afghanistan und dem Irak unterzubringen. In den Zeitungen wurde berichtet. Markt Taschendorf ist ein Ort, der weder über eine ÖPNV-Anbindung noch sonstige Infrastruktur verfügt, geschweige denn eine derartig unverhältnismäßig große Anzahl an Migranten verkraften kann.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Klingen. – Es gibt noch eine Zwischenbemerkung vom fraktionslosen Abgeordneten Swoboda.

(Zurufe: Oje!)

Herr Swoboda, bitte.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Herr Klingen! Ich freue mich darüber, dass ich Ihnen jetzt eine Retourkutsche geben kann.

(Zurufe: Oje!)

Auch wenn sich die anderen hier jetzt wieder so aufpöbeln. Ich frage Sie das Gleiche, was Sie mich vorhin gefragt haben: Was stellen Sie sich denn vor? Wie soll dieses Problem denn gelöst werden, das wir vorzugsweise vor Ort und nicht hier im Hohen Haus ausbaden müssen?

Christian Klingen (fraktionslos): Es kann natürlich keine sinnvolle Lösung sein, dass, wie es hier der CSU-Dringlichkeitsantrag gefordert hat, der Bund für die unbürokratische Freigabe von Liegenschaften des Bundes sorgen soll. Zahlreiche Menschen auf engem Raum, wie es auch im Markt Taschendorf geplant war, ist eine Art Isolation. Eine Art Ghettoisierung ist da ja vorprogrammiert, die wiederum eine Eingliederung erschwert.

Wie ich am Anfang gesagt habe, dürfen wir uns den Forderungen der anderen EU-Länder nicht länger verschließen, sondern wir müssen – wie ich es am Anfang ebenfalls gesagt habe und wie es die einzelnen Minister gefordert haben – einen wirksamen Schutz der EU-Außengrenzen unterstützen und fördern. Wenn wir so weitermachen, dann gefährden wir nicht nur den sozialen Frieden in unserem Land, sondern eben auch in ganz Europa.

(Zuruf des Abgeordneten Karl Straub (CSU))

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke, Herr Klingen; Sie können gehen. – Das Wort hat nun der fraktionslose Abgeordnete Raimund Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Hohes Haus, verehrte Bürger! Ja, die Lage ist mehr als ernst. Noch schlimmer ist aber, dass die verantwortlichen Politiker in Bund

und Land ihr nicht gewachsen sind oder sie bewusst und gewollt – so wie sie ist – in Kauf nehmen; das tut zum Beispiel die Ampel in Berlin.

CDU-Mann Schäuble hat 2015 von einer Flüchtlingsflut gesprochen. Ob der Mann damals schon wusste, was wir heute erleben? Wollte die Bayerische Staatsregierung 2016, weil es damals schon so eine Flut gab, denn nicht Grenzkontrollen, die wir heute dringend bräuchten, einklagen?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Dublin-Abkommen – Sie wissen, was ich damit meine – wird nicht eingehalten. Eine Registrierung an den EU-Außengrenzen mittels Fingerabdrucksystem Eurodac findet fast nicht statt. Es gibt keine Grenzkontrollen. Zurücknahmen durch Erstaufnahmeländer der EU oder Abschiebungen sind seltene Ausnahmen.

Ein Beispiel dazu: Von den 68.709 Rücknahmeersuchen, die Deutschland im Jahr 2022 an die Erstaufnahmeländer gestellt hat, waren gerade einmal 4.158 – das sind etwa 6 % – erfolgreich. Ende 2022 waren in Bayerns Asylunterkünften rund 169.000 Menschen untergebracht – mehr als je zuvor! Längst werden wieder Turnhallen, Container oder gar Schiffe als Unterkünfte gefragt und verwendet. Die kommunalen Verantwortungsträger funken uns nach München SOS. Aber auch nach Berlin!

CSU-Innenminister Herrmann – er ist heute ja da und wird dazu hoffentlich auch etwas sagen – hat in "Focus" dargestellt: Ja, das ist schon ein echtes Problem. Aber wir stoßen da wirklich an die Grenzen der Aufnahmefähigkeit. – Richtig, Herr Innenminister. Um dann aber festzustellen: Wir können ja Deutschland nicht zusperren. – Ja, damit ist die Ja-aber-Grabsteinsäußerung gefallen. Wir können also nichts machen. Wir müssen zu dem Asylrecht stehen, für das wir wegen der historischen Vergangenheit – das meinen Sie wahrscheinlich – Verantwortung tragen.

Weiter sagten Sie: Wir müssen uns von der AfD klar abgrenzen. Wir müssen aber auch sehen: Es können nicht unbegrenzt viele Menschen zu uns kommen. – Ja genau, Herr Minister. Das ist die Gretchenfrage: Wollen wir wirklich ein Land sein, das

die ganze Welt aufnehmen möchte? Nein, verehrter Herr Staatsminister, Sie müssen sich von niemandem abgrenzen. Was Sie aber machen sollten: das Grundgesetz anwenden.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Swoboda, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Das Grundgesetz anwenden!

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ihre Redezeit ist zu Ende. – Es gibt eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Christian Klingen (fraktionslos).

(Unruhe – Zurufe: Oje!)

Raimund Swoboda (fraktionslos): Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf wieder um Ihre Aufmerksamkeit bitten. Wir haben von Ihnen allen gelernt – –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Swoboda, Sie haben nicht das Wort.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Ach so, Sie haben gesagt – –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nein, ich habe gesagt, dass der Abgeordnete Klingen eine Zwischenbemerkung angemeldet hat; die macht er jetzt. Bitte.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Die Frage ist schon bekannt!)

Raimund Swoboda (fraktionslos): Ich habe den Leuten nur erklärt – – Herr Mehring, ich weiß nicht, was Sie mir da wieder – –

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Jetzt halten Sie mal den Mund und lassen Sie die anderen sprechen!)

Christian Klingen (fraktionslos): Herr Swoboda, Sie haben gerade den Innenminister angesprochen.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sie doch auch!

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nein, Sie sollen auch nichts erklären.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Danke, ich werde mich dran halten.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Klingen, bitte.

(Unruhe)

Herr Klingen hat das Wort. Ihre Redezeit läuft.

Christian Klingen (fraktionslos): Herr Swoboda, Sie haben den Innenminister direkt angesprochen. Was würden Sie denn machen, wenn Sie jetzt Innenminister wären, um das Problem zu lösen?

(Unruhe – Zurufe: Oje! – Zuruf: Gott behüte! – Klaus Adelt (SPD): Macht das doch auf den letzten Bänken hinten aus!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Swoboda, Sie haben das Wort.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Eins ist klar. Was wir machen müssen: Recht und Gesetz wieder walten lassen. Dazu gehört, dass es ohne Registrierung keine Rückstellung geben kann. Wenn die Länder an der EU-Außengrenze keine Registrierung vornehmen, dann kommen die Leute zu uns, und dann gibt es keine Möglichkeit mehr, die Dinge zu bereinigen. Das ist anscheinend durchaus Doktrin der GRÜNEN und der SPD.

Was wir machen müssen: Wir müssen merken, dass es in den Kommunen sowohl bei den Bürgermeistern wie auch bei den Landräten brodelt. Da wird immer die Menschlichkeit und die Humanität vorgeschoben. Diese Bürgermeister und Landräte kriegen also diese Flüchtlinge vor die Haustür gestellt; ihr müsst Unterkünfte beschaffen.

Zu Markt Taschendorf: Wir haben einen tollen Landrat von der CSU – ich sage auch seinen Namen: Weiß –, der die Leute mitgenommen hat, ganz so, wie es Herr Söder gesagt hat: Wir müssen die Leute vor Ort mitnehmen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Swoboda, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Er hat Folgendes gemacht: Er hat mit den Bürgern geredet. Er kam zu dem Ergebnis, dass sie die Unterkunft in Markt Taschendorf so nicht bauen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Swoboda, Sie können zur Seite gehen. – Für die Staatsregierung hat nun der Innenminister Joachim Herrmann das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Morgen findet auf Einladung der Bundesinnenministerin wieder ein sogenannter Flüchtlingsgipfel in Berlin statt.

(Uli Henkel (AfD): Viel Spaß!)

Der letzte hat vor vier Monaten – im Oktober – stattgefunden. Ich darf daran erinnern, dass die Bundesinnenministerin auf diesem Flüchtlingsgipfel im Oktober nicht nur in der Sitzung, sondern auch in der anschließenden Pressekonferenz erklärt hat, dass sie eine Begrenzung des Flüchtlingszuzugs in Deutschland für notwendig hält.Die anwesenden Vertreter unter anderem der kommunalen Spitzenverbände waren damals von dieser Aussage sehr beeindruckt und auch kurzfristig sehr erfreut. Was davon zu halten ist, hat man dann drei oder vier Tage später gemerkt, als dasselbe Bundesinnenministerium ohne jede Vorabsprache mit den Kommunen und ohne jede Vorabsprache mit den 16 Bundesländern verkündet hat, dass die Bundesregierung jetzt ein neues Aufnahmeprogramm für 1.000 Afghanen pro Monat beschlossen hat; das sind wohlgemerkt nicht die Ortskräfte und nicht die vor der Tür stehenden Asylbewerber, sondern zusätzliche 1.000 Afghanen pro Monat.

Da waren doch irgendwie mehrere Teilnehmer des Flüchtlingsgipfels der Meinung, das irgendwie ganz anders verstanden zu haben. Was hat denn dann die Bundesinnenministerin mit der Aussage gemeint, man müsse den Flüchtlingszuzug nach Deutschland

begrenzen, wenn man vier Tage später ein neues Aufnahmeprogramm verkündet, zu dem weder das deutsche Grundgesetz noch das europäische Recht irgendeinen zwingenden Anlass geben? Das ist Realität, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vor dem Hintergrund wundert es jetzt dann nicht, dass in der Tat reihenweise Landrätinnen und -räte, Oberbürgermeisterinnen und -meister nicht nur in Bayern, sondern in ganz Deutschland erklären, sich am Limit zu sehen; sie wüssten nicht mehr, wie sie diese Unterbringung gestalten sollten; hier müsse die Politik in Berlin geändert werden. – Dazu gehört dann in der Tat auch ein Landrat der GRÜNEN in Miltenberg. Ich habe den Medien mit Interesse entnommen, dass selbst ein SPD-Bürgermeister im Heimatort von Frau Faeser in Hessen in einem Brief an die Bundesregierung ausdrücklich erklärt hat, es müsse sich jetzt in dieser Politik etwas ändern. – Da kann ich nur sagen: In der Tat; dieser Meinung sind sehr viele Kommunalpolitiker in unserem Land. Nur verhallen bislang all diese Rufe Richtung Berlin mehr oder weniger wirkungslos und ungehört.

Wir werden morgen sehen, wie weit wir diesbezüglich kommen und wo wir vorankommen können. Wir werden jedenfalls – sicherlich zusammen mit etlichen Vertretern der Kommunen – deutlich ansprechen, dass wir hier eine Reduzierung brauchen. Ich bin dankbar, dass sich der EU-Rat in der vergangenen Woche in Brüssel damit beschäftigt hat. Das hat zunächst nicht nur etwas mit der Flüchtlingsfrage zu tun, sondern auch mit der Frage der inneren Sicherheit in Europa und auch in Deutschland. Wir müssen zu einer wesentlich besseren Sicherung der EU-Außengrenzen kommen.

(Zuruf von der AfD: Oh!)

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat hier mitgeteilt – man konnte es am vergangenen Wochenende auch in verschiedenen Meldungen der Nachrichtenagenturen und am Sonntag in der "Welt am Sonntag" lesen –, dass rund zwei Drittel der Flüchtlinge, also der im letzten Jahr nach Deutschland gekommenen Asylbewerber

und nicht der Ukrainer, noch nicht in einem anderen EU-Land registriert wurden. Dabei ist klar, dass die allermeisten Asylbewerber in Deutschland nicht am Flughafen und auch nicht am Hamburger Hafen ankommen, sondern über die Landgrenze kommen. Damit ist klar, dass nahezu alle nach Deutschland kommenden Asylbewerber in mindestens zwei, drei oder vier anderen EU-Ländern gewesen sein müssen, bevor sie in Deutschland angekommen sind. Das ist dann auch ein deutliches Indiz dafür, dass bei einigen Mitgliedstaaten der EU offensichtlich an den EU-Außengrenzen irgendetwas nicht so richtig funktioniert.

Ich sage es noch einmal: Das hat nicht nur etwas mit den Flüchtlingszahlen, sondern auch mit der Frage der inneren Sicherheit zu tun; denn das Schengener Abkommen beinhaltet, dass wir auf Grenzkontrollen innerhalb des Schengen-Raums unter der Maßgabe verzichten, dass umso intensiver an den Außengrenzen des Schengen-Raums kontrolliert wird. Wenn das aber nicht mehr der Fall ist, wenn das offensichtlich nicht funktioniert – es ist klar, dass an jeder Grenze einmal eine Person oder zwei Personen irgendwo durchrutschen können; das ist eine menschliche Realität – und wenn das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erklärt, dass zwei Drittel aller hier angekommenen Flüchtlinge offensichtlich vorher keiner Kontrolle und Erfassung unterlagen, dann – Entschuldigung – ist da auch sicherheitspolitisch etwas nicht in Ordnung. Damit müssen wir uns beschäftigen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Andreas Winhart (AfD): Das ist eure Politik! – Weitere Zurufe von der AfD)

Es ist wichtig, dass wir das Thema Rückkehr-Offensive ernst nehmen.

(Andreas Winhart (AfD): Das glaubt euch doch keiner mehr!)

Das ist seit Langem ein Thema. Es ist erfreulich, dass zumindest dieses Thema im Koalitionsvertrag der Ampel vor anderthalb Jahren aufgegriffen wurde; bislang ist nur offensichtlich nichts passiert. Ich hoffe, dass der jetzt neu dafür benannte Beauftragte der Bundesregierung hier jetzt tatsächlich etwas voranbringt.

Es stimmt mich insofern ein bisschen hoffnungsvoll, dass auch der Europäische Rat dazu am vergangenen Donnerstag und Freitag in Brüssel einvernehmlich Folgendes beschlossen hat:

> Der Europäische Rat weist darauf hin, wie wichtig eine einheitliche, umfassende und wirksame Rückkehr- und Rückübernahmepolitik der EU sowie ein integrierter Ansatz für die Wiedereingliederung sind. Zügiges Handeln ist erforderlich, um die effektive Rückkehr aus der Europäischen Union und aus Drittländern entlang der Migrationsrouten in die Herkunfts- und Transitländer durch den Einsatz aller einschlägigen Strategien, Instrumente und Werkzeuge der EU – darunter Diplomatie, Entwicklung, Handel und Visa – als Hebel sowie Möglichkeiten der legalen Migration zu gewährleisten.

Das sind wohlgemerkt restriktive Visamaßnahmen gegenüber Drittländern. Ich freue mich, dass dieser einstimmige Beschluss zustande gekommen ist, nachdem in den Wochen zuvor ein Mitglied der Bundesregierung nach dem anderen, wie die Bundesinnenministerin und die Bundesaußenministerin, überall Folgendes zu diesen Dingen, die schon im Raum standen, erklärt hat: Eine restriktive Visapolitik ist völlig unvertretbar; da machen wir nicht mit. Bei einem stärkeren Schutz der Grenzen zum Beispiel zwischen Bulgarien und Türkei machen wir mit nicht usw. – Man kann über alles diskutieren. Aber auf die Frage, was Frau Faeser und die Bundesaußenministerin stattdessen vorschlagen, kommt nichts.

> (Christian Flisek (SPD): Was schlagen Sie denn vor?)

Gerade so, als wären sie überhaupt nicht dafür zuständig.

> (Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Christian Flisek (SPD): Was haben Sie denn 15 Jahre lang vorgeschlagen?)

Wohlgemerkt ist das gerade Ihnen Vorgelesene mit Zustimmung des deutschen Bundeskanzlers am vergangenen Donnerstag und Freitag in Brüssel so beschlossen wor-

den – wohlgemerkt mit Zustimmung des deutschen Bundeskanzlers. Jetzt werden wir darauf schauen, dass das auch mit Leben gefüllt wird und man nicht nur sagt, da sollten einmal die anderen EU-Staaten schauen. – Nein, wir erwarten, dass die Bundesregierung genau das vom Europäischen Rat Beschlossene tatsächlich umsetzt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Uli Henkel (AfD): Sie reden doch auch seit Jahren!)

Ich möchte aber noch eines sagen: Herr Kollege Adelt, ich schätze Sie als Kollegen in diesem Hohen Haus eigentlich sehr. Entschuldigung, aber mit Ihren vorherigen Ausführungen, wer zur Rückführung ansteht, haben Sie sich – ich sage es jetzt wirklich einmal kollegial – wirklich vergaloppiert; ich könnte auch schärfere Worte wählen. Kein Mensch hier hat jemals im Entferntesten davon geredet, dass Ukrainer zurückgeführt würden. Kein Mensch!

Es geht um diejenigen, die kein Recht haben hierzubleiben; und nur darauf bezieht sich auch der Beschluss des Europäischen Rats. Alle Ukrainer mit einem ukrainischen Pass haben aufgrund der Rechtslage ein Recht, hier zu sein; darüber brauchen wir überhaupt nicht zu diskutieren. Es geht auch selbstverständlich nicht um all die Asylbewerber, die anerkannt werden und bei denen festgestellt wird, dass sie ein Anrecht auf Asyl und den Flüchtlingsstatus haben. Dann dürfen sie hierbleiben – das ist überhaupt keine Frage –, und dann bemühen wir uns bestmöglich um deren Integration.

Sie wissen aber auch, dass über die Hälfte aller Asylanträge in unserem Land von den dafür zuständigen Bundesbehörden – wohlgemerkt keine bayerischen Behörden – abgelehnt werden. Ein Großteil dieser Ablehnungsbescheide wird auch von unabhängigen Gerichten in ganz Deutschland bestätigt. Es geht um die Personen, bei denen rechtskräftig festgestellt worden ist, dass sie kein Recht haben hierzubleiben und damit auch kein Recht haben, Asylbewerberleistungen und Sozialleistungen auf Kosten der deutschen Steuerzahler in Anspruch zu nehmen; um diejenigen geht es. Sie müssen unser Land wieder verlassen; deren Rückführung muss jetzt in der Tat be-

schleunigt und intensiviert werden, damit mehr Platz für die anderen ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir unterstützen die Kommunen bei der Bewältigung dieses enormen Zugangsgeschehens, weil wir diese politische Auseinandersetzung in der Tat auch mit dieser Bundesregierung und wohlgemerkt nicht auf dem Rücken der Flüchtlinge austragen wollen.Wir lassen die Menschen, die nun einmal in unserem Land sind, nicht auf der Straße stehen, sondern denen muss geholfen werden. Die müssen zunächst einmal wohlgemerkt ein Dach über dem Kopf haben. Wir tragen diese Auseinandersetzung nicht auf dem Rücken der Flüchtlinge aus. Und wir helfen den Kommunen.

Ich will mich dem Dank anschließen, der hier heute erfreulicherweise schon mehrfach geäußert worden ist, dem Dank, dass viele Menschen, gerade was die Ukrainer betrifft, aber auch viele andere Flüchtlinge, auch in den letzten Monaten Unglaubliches geleistet haben, um diesen Menschen, die bei uns ankommen, zu helfen, sie unterzubringen, sie bei der Integration zu unterstützen und um den Kindern in der Kita oder den Schülerinnen und Schülern und Jugendlichen in der Schule zu helfen usw. Das ist eine unglaubliche Hilfsbereitschaft. Ich danke auch für das großartige Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst, im Rathaus, im Landratsamt und in vielen anderen Behörden, und vielen anderen, die alle dazu beigetragen haben, dass wir Gott sei Dank nach wie vor nicht im Chaos landen, sondern das Ganze einigermaßen vernünftig gestalten können. Ich danke aber auch all denen, die sich inzwischen in ihrer persönlichen Belastungsfähigkeit an der Grenze sehen. Ich sage auch ihnen ein ganz herzliches Dankeschön für die großartige Arbeit, die sie nach wie vor Tag und Nacht leisten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ja, wir wollen sie unterstützen. Deshalb prüfen wir im Moment – das habe ich in der vergangenen Woche in einer Videoschaltkonferenz mit allen Oberbürgermeistern und

Landräten besprochen – alle Liegenschaften des Freistaats, ob dort Möglichkeiten zur Nutzung bestehen. Ich kann mich nur dem anschließen, was vorhin gesagt worden ist, lieber Herr Kollege Hold. Ich habe die Oberbürgermeister und Landräte wegen ihrer Ortskenntnis auch darum gebeten, dass sie dann, wenn sie unabhängig von der staatlichen Bauverwaltung, die sich darum kümmert – das habe ich mit dem Kollegen Bernreiter abgesprochen –, meinen, eine Liegenschaft sei dafür geeignet, mir das unmittelbar mitteilen.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Ich werde es ihm gerne mitteilen, falls so etwas bei mir ankommt. Bislang ist dabei noch nichts angekommen.

(Zuruf)

– Ich weiß nicht, warum Sie da immer so schlau nachfragen. – In meiner Heimatstadt haben wir das zum Beispiel bei der Liegenschaft des berühmten Himbeerpalastes, der in Zukunft für die Universität Erlangen genutzt werden soll. Wir haben das im Einvernehmen mit der Stadt Erlangen so geregelt, dass der Himbeerpalast im Moment in der Tat für etliche Flüchtlinge in Erlangen als Unterkunft genutzt wird, eine Liegenschaft des Freistaats Bayern. Das Gebäude steht im Eigentum des Freistaates Bayern, Frau Demirel.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

In der Tat: Überall, wo sich solche Möglichkeiten bieten, werden wir sie nutzen. Das wollen wir auch weiterhin tun. Aber natürlich muss auch der Bund mit seinen Liegenschaften das Seine tun. Wir haben die Landratsämter angeschrieben, dass man Liegenschaften, die zum Beispiel in den letzten zwei Jahren als Impfzentren oder dergleichen genutzt worden sind und die jetzt frei werden oder frei geworden sind, daraufhin prüft, ob man sie übergangsweise zur Unterbringung von Asylbewerbern verwenden kann. Immerhin haben wir auf diese Weise in den letzten Monaten aus jetzt umgewan-

delten Impfzentren schon 1.300 Plätze generieren können. Wir sind da schon so kreativ wie nur irgend möglich mit den Kommunen unterwegs und auf einem vernünftigen Weg.

Aber, meine Damen und Herren: Wir brauchen da mehr Unterstützung vom Bund. Ich hoffe, dass da jetzt auch bei den Bundesliegenschaften noch etwas vorangeht.

Schließlich will ich ausdrücklich unterstreichen, dass wir auch die Integrationsmaßnahmen verstärken für diejenigen, die zulässigerweise auf Dauer hier sind, um sie bestmöglich zu integrieren. Dafür haben wir bereits wieder bayerisches Geld in die Hand genommen.

(Zuruf: Nein!)

Wir warten da gar nicht lang. Ich darf aber, was die Integrationsmittel anbetrifft, schon daran erinnern: Es war mit Verlaub der Haushaltsentwurf des Herrn Bundesfinanzministers, der im vergangenen Herbst vorsah, die Integrationsmittel im Bundeshaushalt massiv zu kürzen. Erst in den Ausschussberatungen des Bundestags sind diese Kürzungen der Integrationsmittel wieder zurückgenommen worden.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Aber der ernsthafte Entwurf der amtierenden Bundesregierung für das Jahr 2023 war zunächst einmal, die Mittel zur Integrationsförderung in Deutschland massiv zu kürzen. Das war die politische Konzeption dieser "großartigen" Ampel-Regierung, meine Damen und Herren! Das darf nicht in Vergessenheit geraten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wohlgemerkt: Es ist jetzt korrigiert worden. Dafür bin ich dankbar. Aber was bleibt, meine Damen und Herren? – Insgesamt hat der Bund im vergangenen Jahr für die ukrainischen Flüchtlinge und für die sonstigen Flüchtlinge in der Gesamtheit der 16 Bundesländer 3,5 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Für dieses Jahr 2023 beläuft sich

die Zusage des Bundes bisher auf 2,75 Milliarden Euro an die 16 Bundesländer. – Das ist die Realität. Der Bund meint – der Bundeskanzler, der Bundesfinanzminister, die Bundesinnenministerin, allesamt, und auch alle GRÜNEN –, dass die Länder im Jahr 2023 mit weniger Geld für eine ständig steigende Zahl an Flüchtlingen auskommen können, als das im vergangenen Jahr und im vorvergangenen Jahr noch der Fall war. Das ist die Aussage, die diese Bundesregierung trifft. An der müssen Sie sich, wenn Sie hier kluge humanitäre Sprüche loslassen, schon messen lassen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die von Ihnen getragene Bundesregierung sagt: Wir brauchen weniger Geld für die Integration von Menschen in diesem Land, für die Betreuung etc.

Deshalb sage ich Ihnen noch mal: Die Realität in Bayern ist dank der insgesamt starken finanziellen Konstitution unseres Haushalts die, dass wir mit all diesen Dingen ständig in Vorleistung gehen. Darum ist dieses ganze Gerede darüber, wo die Bundesmittel bleiben, völliger Blödsinn, weil wir ständig in Vorleistung gehen. Irgendwann später bekommen wir dann die Bundeszahlungen. Die werden dann abgerechnet. Aber derweilen haben wir das Geld längst an die Kommunen ausgezahlt.

Wohlgemerkt: Wenn ich die ganzen Themen im Umfeld, Kitas und sonst was alles, außen vor lasse und nur die eigentliche Asylbewerber- und Flüchtlingsbetreuung nehme, sind es in der Gesamtheit, wie der Haushalt des Freistaates Bayern ausweist, allein im vergangenen Jahr 1,5 Milliarden Euro gewesen, und die Leistungen des Bundes an uns lagen bei etwa 500 Millionen Euro. Das heißt, grob gesagt hat der Freistaat Bayern für die Flüchtlingsunterbringung und alles, was damit zusammenhängt, insgesamt eine Milliarde aus bayerischen Steuergeldern ausgegeben. Wenn man dies nüchtern zur Kenntnis nimmt – man kann über alle möglichen Details diskutieren –, kann man nicht behaupten, dass wir unsere Verantwortung vernachlässigen würden. Zeigen Sie mir ein anderes Bundesland, dass doppelt so viel eigene Mittel aufwendet,

als es vom Bund bekommt! Zeigen Sie es mir, dann reden wir weiter, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich bitte um Zustimmung zum Antrag der beiden Regierungsfraktionen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Minister, es gibt drei Zwischenbemerkungen. – Die erste kommt vom Abgeordneten Ralf Stadler von der AfD.

Ralf Stadler (AfD): Sehr geehrter Herr Minister, in Regensburg werden Flüchtlinge auf einem Schiff untergebracht, in Pilsting in einem ehemaligen Supermarkt. Andere Landräte spekulieren schon, ob sie wieder Turnhallen für die Flüchtlingsaufnahme bereithalten müssen. Es ist eine Katastrophe, was in Bayern läuft. Sie haben erst vor Kurzem da vorne gesprochen: keine weiteren Anreize liefern. – Was haben Sie denn in dieser Zeit wirklich für Bayern, für die Kommunen gemacht? Sie selber haben immer gesagt: die EU, Berlin, und haben sich herausgeredet.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das ist unverschämt!)

Aber was haben Sie als Innenminister für Bayern, für unsere Kommunen gemacht? Die wissen wirklich nicht mehr, wie es weitergehen soll. Ich wünsche mir von einem bayerischen Innenminister, wenn es mit der Flüchtlingsaufnahme nicht mehr weitergeht, auch mal ein klares Nein zu sagen, einen Stopp bei der Flüchtlingsaufnahme zu machen und erst einmal die bisher Aufgenommenen menschenwürdig unterzubringen. In einem Supermarkt haben die Leute wirklich nichts verloren, auf einem Schiff erst recht nichts. Da muss etwas passieren.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Stadler, Ihre Redezeit ist beendet.

Ralf Stadler (AfD): Da muss man mal ein klares Signal senden.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Minister, bitte schön.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Diese Äußerung zeigt wieder einmal, dass uns da in mancher Hinsicht Welten trennen.

(Andreas Winhart (AfD): Wohl wahr! Zum Glück!)

Ich betone: Ja, wir führen hier diese politische Auseinandersetzung über die Frage: Was sind die richtigen politischen Entscheidungen für die Zukunft unseres Landes? – Aber wir tragen diese politische Auseinandersetzung und die Tatsache, dass wir vieles, was in Berlin gemacht wird, für falsch halten, nicht auf dem Rücken der Flüchtlinge aus, die bei uns sind. Ich weiß nicht, wovon Sie da träumen, oder was auch immer. Dass wir einen Zaun um Bayern herum ziehen und dann keinen mehr aus Hessen oder sonst wo reinlassen, werden Sie mit uns sicherlich nicht erleben.

Was ansonsten diese Maßnahmen anbetrifft: Ich bin dankbar, dass Städte und Landkreise in unserem Land kreativ sind. Ich kann im Innenministerium nicht über jede einzelne Unterkunft – dezentrale Unterkunft oder sonst was – entscheiden. Aber ich habe auch keinerlei Anlass, die Entscheidungen zu kritisieren. Es wird wahrscheinlich einen guten Grund haben, warum irgendein Landkreis gemeint hat, er braucht diesen Einkaufsmarkt oder dergleichen.Die Unterbringung auf diesem Schiff ist bestimmt nicht entwürdigend, sondern eher eine sehr wohltätige Unterbringung.

(Zuruf von der AfD: Luxus!)

Ein anderer bringt sie vielleicht in der Turnhalle unter. Ich mache keinem Landrat eine Vorschrift, ob er jemand in der Turnhalle unterbringen darf. Ich finde es aber gut, dass sich zurzeit viele Landräte bemühen, solange es irgendwie geht, die Turnhallen weiterhin für die Nutzung durch die Sportlerinnen und Sportler und insbesondere unsere Jugend freizuhalten und nicht mit Flüchtlingen zu belegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Nur noch mal, damit die anderen es richtig verstehen – Sie wollen es offenbar gar nicht hören –: In dem von Ihnen formulierten Beispiel, dass eine Landrätin entschieden hat, dieses Schiff auf der Donau zu nutzen, ist unser Beitrag, dass wir es zahlen. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von der AfD: Die Steuerzahler!)

Die Landrätin hat diese Entscheidung getroffen, und der Freistaat Bayern zahlt. Das ist der Punkt.

(Zuruf: Ganz genau!)

Unsere Oberbürgermeister und Landräte nehmen auch wahr, wie das in anderen Bundesländern ist, wo nicht das Land alles zahlt, wie groß da der Unterschied ist.

Ich betone ein drittes Mal – es ist nicht so, dass mir das alles leichtfiele; aber ich stehe aus humanitären Gründen dazu –: Wir müssen eine klare und harte politische Auseinandersetzung führen. Aber wir tragen das nicht auf dem Rücken der Menschen aus, meine Damen und Herren, nicht auf dem Rücken der Flüchtlinge. Dazu stehe ich weiterhin.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Christian Flisek von der SPD-Fraktion.

Christian Flisek (SPD): Herr Staatsminister Herrmann, Sie haben, wie ich finde, eine bemerkenswerte Rede gehalten. In der Sachanalyse haben Sie viele Probleme beschrieben, die sich exakt so darstellen, nicht erst seit die Ampel in Berlin regiert, sondern im Prinzip schon seit 2005 bis 2021, als Ihre Parteifreunde von CSU und CDU den Innenminister gestellt haben.

(Zuruf von der CSU)

Sie haben recht, dass der Freistaat Bayern, Gott sei Dank, in dieser Situation an vielen Stellen in Vorleistung gegangen ist und den Kommunen geholfen hat. Ich komme aus Passau. Wir wissen, was das bedeutet. Wir haben erhebliche Aufwendungen gehabt, die wir zunächst einmal kommunal tragen mussten. Aber es hat sich – das sage ich Ihnen ganz offen – an dieser Problembeschreibung relativ wenig geändert. Was Sie hier als Rede vorgetragen haben, ist eine Zusammenfassung – ich habe sehr aufmerksam zugehört – all der unerledigten Probleme,

(Zuruf: Nein! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Mannomann!)

die wir aus dieser Zeit haben, in der die CDU und die CSU die Innenminister gestellt haben.

(Thomas Huber (CSU): In der die SPD mit in der Regierung war!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Flisek, Ihre Redezeit!

Christian Flisek (SPD): Wir würden gut daran tun, wenn wir uns jetzt gemeinsam aufmachten, diese Probleme endlich ohne Wahlkampfgetöse zu lösen.

(Beifall bei der SPD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Vieles haben die erst eingeführt!)

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Herr Kollege, ich will Ihre Erfahrungen in Passau keineswegs infrage stellen. Ich will hier aber nur darauf hinweisen, dass wir natürlich in sich ständig massiv verändernden Situationen leben. Wir hatten in den Jahren 2020, 2021 Neuzugänge an Flüchtlingen, die letztendlich keine größeren Probleme mehr aufgeworfen haben. Die Zugangszahlen waren ständig weiter rückläufig, weswegen übrigens auch die Belegung unserer Unterkünfte in diesen Jahren ständig weiter rückläufig war, es überhaupt kein Problem mehr gab. Ich denke, auch in Passau gab es da keine Probleme mehr.

Wir haben es jetzt zum einen mit der Situation der ukrainischen Flüchtlinge zu tun; wir waren uns in diesem Hohen Hause von Anfang an einig, dass es richtig ist, großzügig Unterstützung zu geben. Ich wiederhole: Das habe ich auch zu keinem Zeitpunkt infrage gestellt, dass wir von Deutschland aus überproportional geholfen haben. Das ist auch richtig so. Das stellt auch niemand in Frage. Zum anderen haben wir seit 2021 – 2021 war die Wende – wieder deutlich steigende Asylbewerberzahlen; solange die extrem niedrig waren, hatte ich keinen Anlass, weder mit der früheren noch theoretisch mit einer neuen Bundesregierung, zu sagen, das muss jetzt alles ganz anders gemacht werden. Jetzt steigen die Asylbewerberzahlen aber wieder massiv an – es geht nicht um die Ukrainer wohlgemerkt, von denen rede ich jetzt gar nicht. Wenn ich mit neuen Situationen konfrontiert bin, muss ich doch erwarten, von jeder Regierung, dass sie irgendwie reagiert, dass man nicht nur tatenlos zuschaut und sagt, jetzt kommen die halt. Ich bin gerne bereit, mich weiter mit den Fakten auseinanderzusetzen.

Ich sage Ihnen nur ein Beispiel – das eine Afghanistan-Programm habe ich vorher angesprochen –: Da kommen diese Forderungen, wir müssten den Mittelmeerländern helfen. Schauen Sie sich einmal an, wie die Asylantragstellungen in Spanien, in Italien und in Griechenland sind, und setzen Sie das meinetwegen in Relation zu den Bevölkerungszahlen. Man stellt fest: Wir in Deutschland sind sowieso deutlich über der Quote. In Spanien ist das auch ganz beachtlich, selbst in Griechenland in Relation zur Bevölkerungszahl. Die Zahl der Asylanträge in Italien liegt aber weit, weit, weit unter dem Anteil der italienischen Bevölkerung in der EU. Ich sehe überhaupt keinen Grund, von Deutschland aus Italien noch zusätzliche Angebote zu machen, Flüchtlinge von dort zu übernehmen. Das könnte man gegenüber anderen Ländern noch verstehen. Aber wohlgemerkt: Die Italiener sind an der Aufnahme von Ukrainern minimal beteiligt, obwohl es nach meinen Informationen in Italien mindestens so viele ukrainischstämmige Einwohner gab vor einem Jahr wie bei uns in Deutschland. Die hätten dort auch bei Verwandten unterkommen können. Das hat aber nicht stattgefunden. Italien ist bei den Ukrainern weit unterdurchschnittlich und bei den Asylbewerbern, entgegen dem medialen Geschehen, weit unterdurchschnittlich an der Aufnahme beteiligt.

(Uli Henkel (AfD): Warum?)

Die kommen da an, werden aber gleich durchgewinkt und werden nicht veranlasst, Asylanträge in Italien zu stellen. Ich sage nur dieses eine Beispiel; das sind die Fakten.

(Uli Henkel (AfD): Und wir lassen es zu!)

Jetzt erwarte ich ganz einfach von dieser Bundesregierung, dass sie sich mit Fakten beschäftigt und sagt, was wir tun können, um einer Überlastung in Deutschland entgegenzuwirken. Darum geht es. Das fordere ich auch morgen bei diesem Gipfel in Berlin ein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Minister, es gibt noch eine Zwischenbemerkung. Es wurden drei Zwischenbemerkungen angemeldet. – Die dritte kommt von der Kollegin Gülseren Demirel. Bitte schön.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Herr Minister, das Unfaire hier im Landtag ist, dass die Vertreter*innen der Staatsregierung so lange reden können, wie sie möchten, und wir uns auf eine sehr kurze Zeit beschränken müssen.

(Widerspruch bei der CSU – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Mimimi!)

Deshalb konzentriere ich mich auf meine Frage, obwohl man viel dazu sagen könnte.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Ich will Sie nur darauf hinweisen, Frau Kollegin, dass das in der Bayerischen Verfassung verankert ist und Sie schon sehr tief schürfen müssen, wenn Sie das infrage stellen wollen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Demirel, wir fangen noch mal an. Bitte schön.

(Widerspruch)

Gülseren Demirel (GRÜNE): Meine Frage ist: Sie kriegen hier nicht nur Unterstützung für Geflüchtete; für die Ukrainer zahlt der Bund extra, die in den Flüchtlingsunterkünften sind. Sie bekommen Unterkunftskosten, Heizkosten. Meines Wissens muss das Geld an die Kommunen weitergegeben werden.

(Zuruf: Jetzt dürfen Sie noch mal anfangen!)

Im Januar hat zum Beispiel Bayern 60 Millionen abgerufen. Baden-Württemberg gibt das Geld ohne Landtagsbefassung an die Kommunen weiter. Hier heißt es, wir brauchen erst mal im Landtag eine Abstimmung, einen Beschluss. Im Dezember hatten wir einen Beschluss.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Demirel, Ihre Redezeit!

(Martin Böhm (AfD): Gott sei Dank!)

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Für welches Geld brauchen Sie was?

(Unruhe)

Gülseren Demirel (GRÜNE): Das ist das Geld für Unterkunftskosten und Heizkosten von ukrainischen Menschen, die ja nicht über das Asylbewerberleistungsgesetz – –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Demirel, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Von daher würde ich Sie fragen: Können Sie mir dazu etwas sagen, warum das in Bayern anders geht als

(Das Tischmikrofon der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE) wird abgeschaltet)

in Baden-Württemberg?

(Unruhe)

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Ich gehe dem gern nach, Frau Kollegin.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Wenn Sie wenigstens eine Sekunde warten. Wenn Sie natürlich immer Zwischenfragen stellen, dann ist es schwierig, die einzelnen Beiträge zu machen. Wir haben hier das System, dass wir unterschiedliche Redebeiträge

(Lebhafte Zurufe)

haben, die in sich geschlossen sind.Jetzt kommt der Herr Minister dran und hat seine Redezeit. Ich hoffe, Sie alle hören zu.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, ich bitte um Entschuldigung. Ich bemühe mich. Ich will eine ernsthafte Debatte. Wenn ich eine Frage nicht richtig verstanden habe, versuche ich, nachzufragen. Aber ich werde selbstverständlich die Abläufe respektieren, Herr Präsident.

Frau Kollegin, noch einmal: Es gibt zwei verschiedene Rechtsstatus von Ukrainern: Am Anfang fallen sie unter das Asylbewerberleistungsgesetz, und dann wechseln sie über in den deutschen SGB-Status. Wenn diese Personen in einer privaten Wohnung sind, dann rechnen sie diese selber ab – wie jeder deutsche SGB-Empfänger. Solange sie in einer staatlichen Unterkunft sind, sind wir bei dem System – ich kann das nur noch einmal wiederholen –, dass der Freistaat Bayern die Kosten trägt. Dabei gibt es keinen Unterschied, ob es sich um einen Asylbewerber aus Mali in einer Anker-Einrichtung oder in einer dezentralen Unterkunft handelt oder um einen Ukrainer, der noch keine andere Unterkunft gefunden hat. Der Freistaat zahlt für alle Unterkünfte, die im Regime der Städte und Landkreise sind, die kompletten Kosten vorweg – die können Monat für Monat abrechnen. Die Landkreise dürfen sogar unmittelbar zulasten

des Staatshaushalts buchen. Die kreisfreien Städte müssen – der frühere Landrat nickt mit dem Kopf –, das entsprechend abrechnen.

Frau Demirel, alle Zahlungen, die Sie geschildert haben, sind im Ergebnis nur eine teilweise Erstattung dessen, was der Freistaat schon längst Monat für Monat an Kosten getragen hat. Wir können das Thema gerne bei einer anderen Gelegenheit noch einmal vertiefen. Wir können das gerne noch einmal näher erläutern.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Ich schreibe Ihnen eine E-Mail!)

Ich kann auch noch einmal jemanden in den Ausschuss schicken, damit die Abläufe erklärt werden. Aber es ist wirklich nicht so, dass wir irgendeiner Kommune Geld vorenthalten würden, ganz im Gegenteil, wir gehen vonseiten des Freistaates ständig in Vorleistung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 18/26940 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLERN sowie der Abgeordnete Klingen (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP. Stimmenthaltungen! – Das ist die Fraktion der AfD sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos), der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos), der Abgeordnete Busch (fraktionslos) und der Abgeordnete Bayerbach (fraktionslos). Damit ist diesem Dringlichkeitsantrag zugestimmt worden. Er ist angenommen worden.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/26959 seine Zustimmung geben will, den bitte ich

um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD sowie die Abgeordneten Bayerbach (fraktionslos), Klingen (fraktionslos), Plenk (fraktionslos) und Swoboda (fraktionslos). Stimmenthaltungen! – Das sind die Fraktion der FDP sowie der Abgeordnete Busch (fraktionslos). Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.